

Danziger Zeitung.

Nr. 17061.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettnerhagergasse Nr. 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslands angenommen. — Preis pro Quartal 4,50 Mk., durch die Post bezogen 5 Mk. — Interne Kosten für die sieben gesetzten gewöhnlichen Schriftzeile oder deren Raum 20 Pf. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Insertionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1888.

Der Kaiser.

Berlin, 8. Mai.

Die seitens der Aerzte gehiegte Hoffnung, daß nach der neulichen schweren Krise im Zustande des Kaisers eine längere oder kürzere Phase relativ Erholung eintreten werde, hat sich bisher nicht bestätigt. Schon zweimal ist eine Verstärkung der Gitterausleerung und im Zusammenhange damit eine neue Steigerung des Fiebers eingetreten, welche die Kräftigung des Kaisers verhindert hat. Dabei sind die Intervalle zwischen diesen Vorgängen so kurz gewesen, daß der Patient kaum zur Ruhe kommen konnte. Diese kleinen Rücksäfte, wie dies hier und da geschah, auf Erhaltung zurückzuführen, welche bei dem Wechsel zwischen Bett und Lehnsstuhl eingetreten sein soll, ist nicht zulässig. Der Umstand freilich, daß der Stillstand in der Entwicklung der Krankheit, auf den man gerechnet hat, bisher auf sich warten läßt, spricht an sich nicht gegen die Richtigkeit der ursprünglichen Voraussetzungen. Indessen wird man auch hierbei in Betracht ziehen müssen, daß der Krankheitsherd sich der direkten Beobachtung entzieht und daß sich daran die Frage, wann die Bildung neuer Abscesse in der Luftröhre zu erwarten oder vielmehr zu befürchten ist, jeder sicheren Beantwortung entzieht.

Bei dieser Sachlage stützt sich die retardirende Kunst der Aerzte zum großen Theil auf die kräftige Ernährung des Patienten, da nur durch eine solche der Kräfteverfall verhindert werden kann. Glücklicher Weise unterstützt die Energie des Kaisers die Bemühungen der Aerzte in dieser Richtung auf das erfreulichste. Das Quantum der meist flüssigen Speisen, welche der Kaiser täglich zu sich nehmen muß, ist genau bestimmt. Und wenn das natürliche Bedürfnis nach Nahrung nicht ausreicht, bleibt nichts übrig, als an die Einsicht des Patienten und an das Vertrauen desselben an die behandelnden Aerzte zu appelliren. Und das geschieht selten vergebens.

Als vor einigen Tagen der Kaiser sich weigerte, das ihm vorgesetzte Quantum Milch zu sich zu nehmen, wurde Dr. Mackenzie aus dem Nebenzimmer herbeigerufen. Dieser stellte dem Patienten wie so oft schon vor, daß der Appetit nicht maßgebend sein dürfe u. s. w. Nach einer Weile nahm der Kaiser den Bleistift zur Hand und schrieb seine Antwort nieder, die etwa dahin lautete: wenn Dr. Mackenzie es für nothwendig erachte, wolle er ihm gehorchen. Heute Morgen war nachdem das Fieber fast ganz verschwunden — die Temperatur betrug (wie gemeldet) Morgens nur 37,7 Grad, war also fast normal — der Appetit wieder so rege, daß es dem Patienten keine Überwindung kostete, das Frühstück zu sich zu nehmen.

Der Ausführung der beabsichtigten Reise der Kaiserin in das Ueberschwemmungsgebiet der Nogat nach Marienburg und Elbing dürften unter diesen Umständen erhebliche Bedenken kaum entgegenstehen. Die endgültige Disposition soll indes erst später getroffen werden. Es fällt dabei ins Gewicht, daß die Kaiserin, wenn sie den bisher aufgestellten Reiseplan innehat, mindestens zwei Nächte und einen Tag von Charlottenburg abwesen sein muß.

Vom heute wird uns telegraphiert:

Berlin, 9. Mai, Mittags 12 Uhr 35 Min. (W. L.) Das Befinden des Kaisers war in der vergangenen Nacht ein ziemlich gutes, aber nicht so gut, wie in der Nacht vorher. Gestern Abend war das Fieber gering und hat heute Morgen ganz nachgelassen. Die Gitterung ist geringer als gestern. Die Körperkräfte haben zugenommen. Der Kaiser dürfte mit Erlaubniß der Aerzte das Bett einige Zeit mit dem Sopha verlaufen.

Politische Uebersicht.

Danzig, 9. Mai.

Das Petitionsrecht der Beamten.

Bei Gelegenheit der gestrigen Verhandlung über die Petition der Eisenbahntelegraphisten im Abgeordnetenhaus, welche, wie der Bericht ergiebt, auch diesmal mit großer Majorität der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen ist, wurde auch die allgemeinere, wichtige Frage in die Discussion gezogen, wie weit das Petitionsrecht der Beamten geht und wo dasselbe anfängt „Agitation“ zu werden. Die Feststellung dieser Grenzlinie ist sehr schwierig und es hängt mehr oder weniger von der Willkür der Vorgesetzten ab, was sie zum Petitionsrecht, welches bekanntlich jedem Preußen durch unsere Verfassung gewährleistet ist, rechnen wollen und was unter den Begriff der „Agitation“ fällt.

Der Regierungs-Commissar machte gestern Mittheilung von dem Privatbriefe eines Eisenbahntelegraphisten, welcher an einem Collegen darüber schreibt, wie er für die Gache gewirkt, wie er auch mit mehreren Abgeordneten darüber gesprochen und was in Zukunft zu thun sei. Der Regierungs-Commissar, der in diesem Vorgehen eine unzulässige, die Disciplin lockende „Agitation“ sah, war wahrscheinlich der Meinung, daß er mit der Verlesung dieses Briefes zu Gunsten der von ihm vertretenen Gache wirken würde. Der Eindruck der Verlesung war jedoch, wie man uns aus Berlin schreibt, bei der Majorität ein keineswegs günstiger für die Regierung. Es berührte in den Kreisen der meisten Abgeordneten sehr peinlich, daß aus diesem lediglich privat und vertraulich von einem Beamten an den anderen geschriebenen Briefe der Beweis einer „unzulässigen Agitation“ gezogen werden sollte.

Es ist bezeichnend, daß sogar der national-liberale, gewiß sehr gemäßigte Abgeordnete Dr. Hammacher in sehr scharfer Weise das Vorgehen des Regierungs-Commissars beleuchtete und für die Beamten das ungeschmälerte Petitionsrecht in Anspruch nahm. Mit Recht hob der Abg. Hammacher hervor, daß er durchaus nichts darin finde, sondern daß die Beamten dazu befugt seien, wenn sie mit einzelnen Abgeordneten sich in Verbindung setzten. Er und eine große Zahl von Abgeordneten hätten stets ohne Bedenken solche Unterredungen mit Beamten gehabt, natürlich ohne sich dabei zu engagiren, und sie würden das auch in Zukunft thun.

Der Abg. Hammacher und nachher der Abg. Alexander Meyer, der es tadelte, daß die Telegraphisten darüber vernommen seien, ob ihre Unterschrift unter der Petition echt sei, sprach, wie das aus der Haltung des Hauses hervorging, im Sinne der Majorität — nur die Conservativen nahmen natürlich, wie immer, so auch hier eine besondere Stellung ein. Herr v. Uechtritz hielt es sogar für seine Pflicht, noch besonders hervorzuheben, daß die Regierung nicht nur berechtigt, sondern auch verpflichtet sei, unter solchen Verhältnissen im Interesse der Disciplin nähere Ermittlungen anzustellen. Aber die Majorität ist selbst in diesem Abgeordnetenhaus anderer Meinung, ebenso sicherlich auch die Majorität im Lande.

Die Frage ist von prinzipieller Wichtigkeit für die Stellung der Beamten in Bezug auf die allgemeinen verfassungsmäßigen Rechte und sie wird gewiß bei der nächsten Staatsberathung im Herbst wieder aufgenommen werden.

Gelegenheitsgesetzgebung.

Bei den Wahlen vom 21. Februar 1887 ist es den Nationalliberalen in Folge der Pression, welche durch die damals verbreiteten Kriegsgerüchte auf die Wählerschaft ausgeübt wurde, gelungen, im Wahlkreise Altena-Iserlohn eine Mehrheit für ihren Kandidaten, Amtsrichter Reinhold, zu erzielen. Nachdem Herr Reinhold sich krankheitshalber genötigt geschenkt hat, das Mandat niedergezulegen, hat die Neuwahl dahin geführt, daß zwischen dem Kandidaten der Freisinnigen, dem früheren Abg. Langerhans, und dem nationalliberalen Commerzienrat Herbert eine Stichwahl stattfinden muß, bei der der Sieg des freisinnigen Kandidaten so ziemlich sicher ist. Das war für die national-liberale Presse ein genügender Anlaß, die Frage der Befestigung der Stichwahlen in Anregung zu bringen. Gesetzt den Fall, daß in dem Wahlkreise neben dem nationalliberalen Kandidaten und dem freisinnigen ein conservativer aufgestellt gewesen wäre und daß der nationallibrale Aussicht hätte, bei der Stichwahl mit Hilfe der conservativen Stimmen die Majorität zu erhalten, so würden dieselben nationalliberalen Blätter, die heute die Stichwahlen für eine reichsfeindliche Institution erklären, diese selbe Institution als eine nationale und hochbedeutende in den Himmel erheben. Eine ernsthafte Discussion der Frage, Stichwahlen oder nicht, ist unter diesen Umständen ausgeschlossen. Die Nationalliberalen stellen sich auf den Rücksichtspunkt, ohne zu bedenken, daß sie entweder eine dauernde Verschmelzung der jeweils zusammengehenden Parteien oder eine Herrschaft der Minorität über die Majorität verlangen. Im ersten Falle würden sich die Wähler der verschiedenen Parteien schon im ersten Wahlgange über einen gemeinsamen Kandidaten verständigen, im zweiten Falle würde der Kandidat derjenigen Partei, welche auch nur eine Stimme mehr erhalten hat als der Kandidat irgend einer anderen Partei, das Mandat gegen die Stimmen der großen Mehrheit der Wähler erlangen können. Wäre das System der Stichwahlen schon zur Zeit der Neuwahl in Altena-Iserlohn bestigt gewesen, so würde Herr Dr. Langerhans schon damals sofort gewählt worden sein.

Das Bedenklichste ist aber bei diesem Verlangen nach Befestigung der Stichwahlen das unablässige Rütteln an verfassungsmäßigen Bestimmungen. Vor kurzem erst hat man einen Paragraphen der Verfassung bei Verlängerung der Legislaturperioden umgeworfen aus rein parteipolitischem Interesse. Aus Opportunitätsgründen verlangt man nun die Befestigung einer Einrichtung, die zwar keinen Paragraphen der Verfassung, wohl aber einen solchen in dem mit jener auf engste zusammenhängenden Wahlgesetz bildet. Wo bleibt dann schließlich die Achtung vor Gesetz und Verfassung überhaupt, wenn sich die „nationalen“ Parteien für berechtigt halten, zu jeder Zeit, bei jeder noch so geringfügigen Gelegenheit dasjenige anzutun, was bisher für das Stabilste gegolten hat im Reich? Wohin soll ein solches Vorgehen am Ende führen? Gott denn die Verfassung schließlich zum Spielball der wechselnden Majoritäten werden, oder glauben die „Nationalen“, mit den Zwischenräumen der verlängerten Legislaturperioden und Stichwahlbefestigung wirklich auf ewig einen erfolgreichen Widerstand gegen ihre zweifelhafte Majorität unterbinden zu können? Das mögen die Cartellparteien wohl bedenken, ehe sie abermals in solcher Weise mit ihrer Gelegenheitsgesetzgebung fortfahren. Die Verantwortung, die sie mit der Verlängerung der Legislaturperioden auf sich genommen haben, ist schon schwer genug. Und haben sie das Wort vergessen, welches Kaiser Friedrich bei seiner Thronbesteigung in seinem denkwürdigen Erlass an den Reichskanzler in dieser Hinsicht sprach? „Es sind“, heißt es da, „die Erschütterungen möglichst zu vermeiden, welche häufiger Wechsel der Staatseinrichtungen und Gesetze veranlassen.“ Mögen die „Nationalen“ zuerst

dieser ernsten Mahnung Gehör geben. Das wäre wirklich national, ohne den Beigeschmac, den dieser Begriff in der letzten Zeit dank des Treibens der Cartellparteien erhalten hat.

Die Oder- und Spree-Regulirung.

Auf die Tagesordnung der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 14. Mai soll auch die zweite Berathung des Gesetzentwurfs betreffend die Regulirung der Oder und der Spree gesetzt werden. Die Vorlage ist in der gestrigen Sitzung der Commission einstimmig unverändert angenommen worden. Bezuglich der Verbesserung der Schiffahrt auf der Oder von Breslau bis Aosel beantragte Abg. Letocha die Bestimmung zu streichen, wonach die Ausführung des Projects erst erfolgen soll, wenn der gesamte Grund und Boden der Regierung aus Interessentenkreisen unentgeltlich und lastfrei überwiesen sei. Der Antragsteller suchte nachzuweisen, daß der Staat nur seine Pflicht erfülle, wenn er für die Schiffahrt der großen Strome sorge, wogegen der Regierungs-Commissar hervorhob, in der Rede stehenden Maßregeln hätten auch den Charakter von Meliorationen und bezüglich dieser müsse an dem Prinzip festgehalten werden, daß die Interessenten wenigstens einen Theil der Kosten übernehmen. Der Antrag Letocha wurde mit allen gegen zwei Stimmen abgelehnt. Bezuglich der Spree-Regulirung setzte der Regierungs-Commissar ausführlich auseinander, weshalb der Vorschlag des Abg. Otto Hermes (bei der ersten Berathung im Plenum), die Schleuse nicht am Mühlendamm, sondern an der oberen Spree anzulegen, um die Entwicklung eines Lokal-Dampfbootverkehrs auf der Spree innerhalb der Stadt zu ermöglichen, unausführbar sei. Die Bewegung der Wassermassen, welche dieser Verkehr hervorrufen müßte, würde die technischen Anlagen schädigen.

Eine längere und sehr eingehende Discussion fand über den Antrag v. Schorlemers-Alst u. Gen. statt, unter Abänderung des Gesetzes vom 9. Juli 1886 betreffend den Bau neuer Schifffahrtskanäle die Grunderwerbskosten, welche von den Interessenten zu zahlen sind, von 6 280 000 auf 4 854 967 Mk. zu ermäßigen. Abg. v. Schorlemers und Schmeling wiesen nach, daß die Interessenten zu weiteren Leistungen als den bisher übernommenen nicht im Stande seien. Der Regierungs-Commissar v. Reinhaben beschränkte sich darauf, die Erklärung zu wiederholen, welche Finanzminister v. Scholz schon im Plenum abgegeben hat und die dahin ging, daß der Minister der Aufnahme des Antrags v. Schorlemers in das Gesetz nicht widerstrebe, daß er sich aber vorbehalte, s. J. durch anderweitige Bemessung der Canalabgabe, deren Höhe Gache der Ministerialinstanz sein wird, einen Erfolg für die Übernahme der Ausgabe von 1 425 000 Mk. zu schaffen. Darauf wurde auch der Antrag v. Schorlemers u. Gen. einstimmig angenommen.

Umänderung der Cavallerie-Eintheilung.

Bisher unterschieden wir bei unserer Cavallerie drei Gattungen, die schwere, die leichte Cavallerie und die zu keiner von beiden gehörigen Ulanen. Wie nun verschiedentlich gemeldet wird, wurde bezw. wird noch jetzt der Plan in Erwägung gezozen, eine schärfere Theilung der verschiedenen Gattungen der preußischen Kavallerie dadurch herbeizuführen, daß nur noch schwere und leichte Cavallerie in Zukunft bestehen sollte. Für die Kürassierregimenter, mit Ausnahme der Regimenter Garde du Corps und Garde-Kürassiere, soll eine Umänderung in Ulanenregimenter vorgenommen sein, so daß dann die gesamte schwere Cavallerie in der Hauptfache nur noch aus Ulanenregimenter bestehen würde.

Ruflands Stellung zu Deutschland und Frankreich.

Aus Petersburg wird der offiziösen „Pol. Corr.“ geschrieben:

Was die verschiedenen Vermuthungen betrifft, die in jüngster Zeit bezüglich der Politik Deutschlands aufgestellt wurden, wird ihnen von dem ersten Theile der öffentlichen Meinung Ruflands keinerlei Wert beigegeben, da man von der Einsicht durchdringen ist, daß der precäre Gesundheitszustand des deutschen Kaisers Deutschland bis auf weiteres vollständige Unfähigkeit auf dem Gebiete der äußeren Politik auferlegt und die Regierungen, die unter anderen Umständen sich Deutschlands günstigen oder ungünstigen Combinationen anschließen würden, zu einer durchaus zuwartenden Haltung veranlotzt.

Dieser vorübergehende Zustand wird sich, falls keine unvorhergesehenen Ereignisse eintreten, notwendigerweise so lange erstrecken, als die Krankheit des Kaisers Friedrich III. andauert, um so mehr, als auch Frankreich durch innere Schwierigkeiten bis zu einer neuen Ordnung der Dinge verhindert ist, eine ausgesprochen thätige Rolle in der internationalen Politik zu spielen. Und eben in Folge der Wahrnehmung, daß die auswärtige Politik Frankreichs durch die boulangerische Bewegung gelähmt wird, kehrt sich die öffentliche Meinung Ruflands, welche vor kurzem noch, wenigstens was einige Schichten derselben betrifft, dem General Boulanger ziemlich freundlich gesinnt war, heute nahezu einmütig gegen ihn. Jedermann begreift hier den Vortheil, welchen für die Aufrechterhaltung des europäischen Gleichgewichts im allgemeinen und insbesondere für die Interessen Ruflands einzig und allein ein von inneren Verlegenheiten freies Frankreich zu bieten vermag, das im gegebenen Falle in der Lage ist, seinen Standpunkt auf dem internationalen Boden in wirkfamer Weise zur Geltung zu bringen.

Der englische Weinoll.

Das englische Oberhaus hat gestern in zweiter Lesung die Bill über das Einnahmebudget angenommen. Im Laufe der Debatte erklärte Lord Gallesbury, Frankreich habe den neuen Weinoll für Schaumweine aus dem Loire-Thal beanstandet. Der Kanzler der Schatzkammer, Goschen, sei mit der Frage beschäftigt, ob diese Weine von der Steuer zu befreien seien, es sei noch unbestimmt, ob dies möglich sei.

Die „russische Hand“ bei den rumänischen Bauernkrawallen.

Wie aus Bukarest geschrieben wird, hat der russische Gesandte daebelt, Herr Hitromo, bisher gegen diejenigen rumänischen Blätter, die ihn der Mischung an den Bauernunruhen gezeichnet hatten, keine gerichtlichen Schritte ergriffen. Die gegenwärtigen Meldungen sind darauf zurückzuführen, daß Herr Hitromo seiner Regierung über die in Rede stehenden Preishangrisse wider seine Person Bericht erstattet und von derselben Verhaltungs-vorschriften erbeten hat. Es wird aber in den diplomatischen Kreisen der rumänischen Hauptstadt bezweifelt, daß die letzteren im Sinne der Erhebung einer Anklage lauten werden, da ein Misserfolg vor dem Bukarester Schwurgericht allseitig nahezu mit Gewissheit vorausgesesehen wird.

Coup in Centralasien?

Einer Londoner Meldung zufolge empfing die englische Regierung beunruhigende Nachrichten über einen bevorstehenden Coup Ruflands in Centralasien, sowie in Persien. Die Details sind noch nicht der Öffentlichkeit übergeben. Aber selbstverständlich muß man in erster Linie an das afghanische Herat und das persische Tarrakhs denken.

Abgeordnetenhaus.

59. Sitzung vom 8. Mai.

Berathung des Berichts der Rechnungs-Commission über die Rechnung für 1884/85. Die Commission beantragt Genehmigung der Etatsüberschreitungen und der Regierung Decharge zu ertheilen. Außerdem wird beantragt: Bezuglich der verspäteten Ausgaben, d. h. solcher Zahlungen, welche in dem Rechnungsjahre, in welchem sie hätten voreinbart werden sollen, nicht mehr zur Verrechnung gelangt sind, fortan von einer nachträglich zu ertheilenden Genehmigung Abstand zu nehmen.

Die letztere Angelegenheit schwelt seit mehreren Jahren als Streitfrage zwischen Regierung und Ober-Rechnungskammer. Der Beschlüsse der Commission, welche in früheren Jahren sich mehr auf die Seite der Ober-Rechnungskammer gestellt hat, bedeutet ein Entgegenkommen gegenüber der Auffassung der Regierung. Abg. Hammacher weist darauf hin, daß der Antrag der Commission den etatsrechtlichen Bestimmungen nicht entspreche, daß man aber den Versuch mit dem von der Regierung genehmigten Verfahren machen könne. — Finanzminister v. Scholz gibt zu, daß formal der Antrag den bisherigen Bestimmungen nicht entspreche, daß er aber, da dadurch eine Reihe von Schwierigkeiten und Weiterungen befeitigt würden, sich aus praktischen Gründen empfehle. — Abg. Kieschke hat zwar in der Commission zur Minorität gehört, hält aber die definitive Entscheidung nach der einen oder anderen Seite für bringend erwünscht.

Dagegen will Abg. Rickert (wie schon in dem telegraphischen Bericht der Morgennummer erwähnt ist) heute vor einem beschlußfähigen Hause in einer Ferienstimmung eine so wichtige Frage, deren Tragweite man noch nicht übersehen könne, noch nicht entschieden wissen. Er würde event. namentliche Abstimmung beantragen; das sei keine Drohung, sondern im Interesse einer so wichtigen Gache notwendig. Bequemer für die Verwaltung sei die Aenderung, das gebe er dem Finanzminister zu, aber was wie schwerer, einzelne Unbequemlichkeiten für die Verwaltung oder das wichtigste Recht der Volksvertretung. Die Gache sei keineswegs so harmlos, wie sie auf den ersten Blick erscheine. Jedenfalls müsse man die Verhandlung vor einem völlig vorbereiteten und besetzten Hause wünschen. — Dem schließt sich der Abg. Dr. Lieber an, der auch an dem „formalen“ Budgetrecht, wie man es zu nennen beliebt, nicht rütteln lassen will. Unter allen Umständen müsse man Zeit zu einer eingehenden Prüfung haben.

Das Haus nimmt den Antrag Rickert an, die Gache von der Tagesordnung abzusezen.

Von der Petitionsberathung, über welche bereits in der Morgennummer berichtet ist, erwähnen wir nur noch die Eisenbahntelegraphisten, welche Gewährung des Wohnungsgeldzuschusses der Gubatorenbeamten verlangen. Die Commission beantragt Übergang zur Tagesordnung.

Die Abg. v. Schenkendorff und Hammacher beantragen die Petition der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen.

Abg. v. Schenkendorff führt aus, daß die Eisenbahntelegraphisten auf einer ziemlich hohen Bildungslage ständen, daß sie nicht nur den mechanischen Dienst des Telegraphen zu versehen hätten, sondern daneben auch heimweise die Funktionen der Bahnhofinspectoren zu verteilen hätten. Zudem sei es eine Forderung ausgleichender Gerechtigkeit, daß sie mit den Reichstelegraphisten gleichgestellt würden. — Die Abg. Pieck, Lehmann und Rickert schließen sich diesen Ausführungen an. Das Haus habe schon im vorigen Jahre denselben Beschluss gefasst, man habe keinen Grund, davon abzugehen.

Geh. Rath Dükers bestreitet, daß die Eisenbahntelegraphisten irgend etwas mit den Funktionen der Bahnhofinspectoren zu thun hätten; vielmehr sei ihnen jede derartige selbständige Funktion untersagt. Der Vergleich mit den Reichstelegraphisten sei unzutreffend, weil von diesen eine wesentlich andere Vorbildung verlangt werde. Im übrigen seien die Petitionen durchweg agitatorischen Ursprungs, und viele Beamte hätten auf Nachfragen erklärt, daß sie niemanden die Erlaubnis gegeben hätten, ihren Namen zur Unterschrift zu benutzen. Redner verließ zum Beweise dessen einen Privatbrief, aus dem er folgert, daß es sich um ein Vorgehen handelt, welches mit der Beamtendisciplin nicht vereinbar sei, und weiß unter anderem darauf hin, daß der Briefschreiber auch mehrere namhaft gemachte Abgeordnete für die Gache gewonnen habe, auch mehrere Ab

Abg. Hammacher (nat.-lib.): Ich möchte doch fragen, auf welchem Wege eigentlich die Staatsregierung in den Besitz dieses Privatbriefes gekommen ist. Doch keinesfalls auf logalem Wege! Die Regierung sollte es doch vermeiden, solche Hinterthüren zu benutzen. Ich bestreite, daß es sich hier um eine Agitation handelt. Die Unterzeichner sind keine Agitatoren, sondern durchaus brave Beamte, die aus der Notth des Tages heraus den Wunsch haben, in eine bessere Stellung zu gelangen. Und wie ist es denn mit dem Grundsache der Gerechtigkeit zu vereinbaren, daß die Eisenbahntelegraphen in Elsaß-Lothringen unter demselben Chef ein um hundert Mark höheres Einkommen haben als die preußischen Eisenbahnlegraphisten?

Abg. Berger empfiehlt gleichfalls den Antrag auf Berücksichtigung.

Geheimrat Dükers bleibt dabei, daß ein agitatorisches Verfahren der Beamten stattgefunden hat. Der Hinweis auf die Reichslande paßt nicht, weil dort die Verhältnisse aller Beamten etwas anders geregelt sind, und da auch der Wohnungsgeldzuschuß fortfällt.

Abg. Hammacher weist darauf hin, daß in Elsaß-Lothringen allerdings kein Wohnungsgeldzuschuß, dafür aber ein ständiger Zuschuß von 200 Mk. existiert, sodass die dortigen Beamten sich immer noch um 100 Mk. besser ständen als in Preußen.

Abg. Meyer-Breslau (frei): Der Herr Regierungs-Commissionar sagte: eine Anzahl von Beamten, deren Unterschriften sich unter den Petitionen befinden, hätten die Echtheit ihres Namens bestritten. Ich frage: Ist es Sitte, daß, wenn ein Beamter von seinem Petitionsrecht Gebrauch macht, er dafür disciplinarisch und verantwortlich verantwortet wird, ob seine Unterschrift echt ist? Wenn überhaupt die Beamten für die Ausübung ihres Petitionsrechtes disciplinarisch zur Verantwortung gezwungen werden, so erscheint mir das ebenso bedauerlich, als daß Privatbriefe, die nicht zur Kenntnis der Regierung bestimmt sind und auf einem uns nicht bekannten Wege in ihre Hände gekommen sind, hier im Hause vorgetragen werden. (Aufführung.)

Geheimrat Dükers: Dass Beamten wegen Ausübung ihres Petitionsrechtes nicht zur Verantwortung gezwungen werden, versteht sich von selbst. Wenn aber die zuständigen Eisenbahnbehörden ihrerseits die Überzeugung gewonnen haben, daß in einer Weise, die gegen die Disciplin verstößt, agiert worden ist, und dieser Fehler eine Untersuchung anstrebt, so hat das mit der Beschränkung des Petitionsrechtes nichts zu thun.

Abg. v. Uechtritz (conf.): Auch ich meine, daß die Regierung wohl das Recht hat, sich zu erkundigen, ob die unter solchen Petitionen angeführten Namen auch richtig sind, denn nur zu häufig kommt es vor, daß bei Beschwerden die angeblichen Beschwerdeführer von nichts wissen.

Hierauf wird der Antrag auf Berücksichtigung mit großer Majorität angenommen. Dagegen die Conservativen. — Das Haus vertagt sich darauf auf Montag.

Deutschland.

* **Berlin, 8. Mai.** [Prinz Heinrich] hat nunmehr einen persönlichen Adjutanten erhalten. Sein bisheriger militärischer Begleiter, Capitän zur See Freiherr v. Gekendorff ist von dieser Stellung entbunden und der Hauptmann v. Haugwitz vom Generalstabe der 9. Division zum persönlichen Adjutanten ernannt.

* **[Der Bundesrat]** hält heute eine Plenarsitzung ab. Der wichtigste auf der Tagesordnung befindliche Gegenstand ist der zweite und dritte Bericht der Volkszugscommission für den Zollanschluss Hamburgs.

* **[Der Präsident des Abgeordnetenhauses],** Herr v. Höller, ist von seiner nicht unbedenklichen Erkrankung so weit genesen, daß er am nächsten Montag schon wieder die Leitung der Verhandlungen zu übernehmen gedenkt.

* **[Zu den Adels-Verleihungen.]** Wie die „Nat.-Igt.“ mittheilt, ist die Verleihung des Adels auch an Personen ertheilt, welche über ihre Geingehheit, denselben anzunehmen, vorher nicht befragt worden sind. Dies sei auch bezüglich des Herrn Dr. Werner Giemsen der Fall.

* **[Die Versammlung der Vereine für hanische Gesichts- und niederdeutsche Sprachforschung, die zu Pfingsten stattfinden sollte, ist auf das nächste Jahr verschoben worden.**

* **[Der Ausschuss des deutschen Handelstages]** befaßte sich außer der im gestrigen Abend-Blatt erwähnten Angelegenheit in seiner Montagsitzung noch mit der Änderung der Concursordnung, worüber Bankier Behnke-Halle a. S. referierte. Die Handelskammer zu Trier hatte mehrere diesbezügliche Vorschläge gemacht. Der Ausschuss nahm jedoch nach längerer Debatte nachstehenden Antrag des Referenten an:

„Der Ausschuss ist der Ansicht, daß eine dem Geiste des Gesetzes entsprechende Wahrnehmung der Gläubigerinteressen durch die Gläubiger und eine sachgemäße Handhabung des Gesetzes durch die Gerichte den Grund der Beschwerde zum großen Theile beseitigen kann, und daß deshalb ein Antrag auf Änderung einzelner Theile der Concursordnung nicht dringlich ist; der Ausschuss beschließt deshalb, der Anregung der Trierer Handelskammer zur Zeit keine Folge zu geben.“

Die auf der Tagesordnung stehenden Anträge, betreffend die Einführung von Kilometerbillets und die Änderung des Markenschutzgesetzes, wurden zur Vorberatung an eine Commission verwiesen. Die nächste Plenarversammlung soll im Oktober zu Frankfurt a. M. abgehalten werden.

* **[Der Landeshauptmann von Kaiser-Wilhelmsland],** Frhr. v. Schleinitz, hat, wie die „T. R.“ hört, am 30. März eine Urlaubsreise nach Deutschland angetreten, um seine vier jüngeren Kinder wieder in die alte Heimat, welche die Familie vor zwei Jahren verließ, zu bringen. Er wird zu Pfingsten auf seinem früheren Wohnsitz, dem Rittergut Neuhof bei Elbena i. M., erwarten.

* **[Bergbehörde für Deutsch-Südwestafrika.]** Mit Genehmigung des auswärtigen Amtes hat die deutsche Colonialgesellschaft für Südwestafrika den Bergassessor Freelinghaus und den Bergreferendar Dost zu Mitgliedern der Bergbehörde für das Schürzgebiet ernannt. Die beiden Herren werden sich Anfang nächster Woche nach Südafrika begeben und Mitte Juni in Othmbingue eintreffen.

* **[Eine zweite Plantagengeellschaft für Ostafrika]** hat sich unter der Firma „Deutsche Pflanzergesellschaft“ am 6. d. Mts. in Berlin konstituiert. Das Kapital derselben wurde auf 2 Millionen Mark festgesetzt. Die Actien lauten auf den Namen und werden im Werthe von 1000 Mk. ausgegeben. Bei der Zeichnung müssen 25 Proc. bar erlegt werden. Zum Vorstehenden des Ausschusses wurde Commerzienrat Stahlberg in Stettin gewählt. In das Directorium wurden gewählt: Generalsecretär Carl Strauß in Berlin und Plantagenbesitzer Wolf v. Bühlingslöwen in Dresden, früher auf Java und in China thätig.

* **[Colonialarzt.]** Den „P. Nachr.“ zufolge soll auch für das südwestafrikanische Schürzgebiet die Anstellung eines deutschen Arztes in Aussicht genommen sein.

* **[Ausfuhrzoll auf Lumpen.]** Die deutschen Kunstoff-Fabrikanten haben jüngst den Entschluß gefasst, behutsame Besserung der Geschäftslage der Kunstoffindustrie der Reichsregierung die Einführung eines Ausfuhrzolls auf Lumpen in

Vorschlag zu bringen. Ein solcher Zoll bestand bis zum Jahre 1873, kam aber damals hauptsächlich deshalb in Wegfall, weil er allein von den ehemaligen Ausfuhrzöllen übrig geblieben war und seine Erhebung dem Ertrag gegenüber ganz unverhältnismäßige Kosten verursachte. Seitdem ist die Wiedereinführung des Lumpen-Ausfuhrzolls wiederholt von verschiedenen Seiten befürwortet worden, z. B. in den Jahresberichten einiger Handelskammern für 1881. Im Bundesrat kam die Frage aus Anlaß von Petitionen zum letzten Mal im Mai 1881 zur Verhandlung. Der Bundesrat beschloß damals die Ablehnung der Eingaben um Wiedereinführung des Ausfuhrzolls auf Lumpen.

Ratibor, 6. Mai. Das Schreiben Dr. Mackenzies an den taubstummen Maler-gehilfen Kinder zu Bykomine, Kreis Ratibor, welcher dem Kaiser seinen Aehlkopf angeboten, hat folgenden Wortlaut: Herrn Franz Kinder, Bykomine bei Schonenthalowit, Oberösterreich. Geehrter Herr! Ihre Hingabe ist aller Ehre wert. Ihre große angebotene Ausförderung kann ich aber nicht annehmen. Sie würde leider weder Seiner Majestät dem Kaiser helfen, noch die Sachen der Wissenschaft beförtern. Hochachtungsvoll Morell Mackenzie.

Hamburg, 6. Mai. Die Zoll-Anschlussbauten im Freihafengebiet werden jetzt mit außerordentlicher Energie gefördert, da der anhaltende Winter recht störend in die Summe der noch auszuführenden Bauten eingriff. So wurde heute, Sonntag, selbst an den wichtigeren Punkten des Zollcanals sehr fleißig mit Wasserbeherrschungsmaschinen gearbeitet. Je mehr sich die Arbeiten der Vollendung nähern, desto größer ist auch das Interesse auswärtiger Architekten und Techniker. Der Besuch ist ein sehr lebhafter, daß ein eigenes Büro für diese fremden Techniker hat eingerichtet und mit mehreren Beamten ausgestattet werden müssen, welche vorzugsweise die Führung der Gäste übernehmen. Daß die kolossalen Umwälzungen auch selbst für den Laien ein lebhaftes Interesse haben, kann man erneut, wenn man bedenkt, daß zur Zeit ungefähr 90 Millionen Mark auf das Riesenwerk verwendet werden sind.

Braunschweig, 8. Mai. Zu Ehren des heutigen Geburtstages des Prinzenregenten ist die Stadt gesegnet. Früh Morgens fand Festgottesdienst im Dome, im Laufe des Vormittags eine große Parade statt. Die städtischen Behörden sandten Glückwunschkarten ab. Nachmittags begaben sich der Prinz-Regent sowie die Frau Prinzessin nach Blankenburg zu achttägigem Aufenthalt.

Belgien.

Brüssel, 7. Mai. Die von der Brüsseler Arbeiterpartei 1886 begründete socialistische cooperative Bäckerei hat, wie man der „Voss. Igt.“ berichtet, im zweiten Halbjahre einen Umsatz von 596 080 Francs, im ganzen Jahre von 1 200 000 Francs erzielt. Die Bäckerei stellt möglicherweise 12 018 Brode her und hat jetzt 1621 Theilhaber. Das socialistische Volkshaus, welches Bier verschänkt, hat im letzten Halbjahre einen Ertrag von 22 661 Francs erzielt; fortlaufend wird auch Wein, das Glas zu 10 Centimes, ausgeschänkt.

Bulgarien.

* Aus Sofia wird die „Pol. Corr.“ gemeldet, daß die bulgarische Regierung den Metropoliten Clement in Tirnowo wegen seines feindseligen Verhaltens gegen den Prinzen Ferdinand seiner Funktion enthoben hat.

Von der Marine.

* Das Schiffsjungen-Schulschiff „Ariadne“ (Commandant Capitän zur See Barandon) ist am 7. Mai cr. in Norfolk eingetroffen und beabsichtigt, am 15. Juni cr. die Reise wieder fortzusetzen.

Am 10. Mai: **Danzig, 9. Mai.** M. A. 4.30. S. A. 10. II. 7.4. Wettermeldungen für Donnerstag, 10. Mai, auf Grund der Berichte der deutschen Seewarte.

Vielfach wolzig bei aufrissenden Winden ohne erhebliche Niederschläge, zum Theil heißer mit wenig veränderter Temperatur.

* **[Sturmwarnung.]** Die deutsche Seewarte hat heute Mittags 1 Uhr folgendes Telegramm erlassen: Ein dieses barometrisches Minimum über den Nordosten macht stürmische westliche und nordwestliche Winde an der ostdeutschen Küste wahrscheinlich. Die Küstenstationen haben den Signalball aufzuziehen.

* **[Von der Weichsel.]** Plehnendorf, 9. Mai: Wasserstand heute am Oberpegel 350, am Unterpegel 340 Meter. Stromverhältnisse unverändert.

* **[Sommer-Fahrplan.]** Von den Veränderungen im Gange der Jüge, welche der Sommer-Fahrplan in unserer Nachbarschaft bringt, erwähnen wir noch folgende: Die über Königslaufenden Tagescourierzüge, welche im Winter nur bis Königsberg gehen, werden bereits vom 15. Mai ab bis nach Görlitz durchgeführt.

Auf der Strecke Berent-Hohenstein geht der Nachmittagszug von Berent 6 Minuten später ab, während der Nachmittagszug von Hohenstein 35 Minuten früher abschafft und 36 Minuten früher in Berent eintrifft (8.33. statt jetzt 9.9 Abends). Auch auf der Strecke Simonsdorf-Ziegendorf ist eine kleine Änderung eingetreten, indem der Zug, welcher im Winter 2 Uhr 44 Min. von Simonsdorf abging, im Sommer schon 2 Uhr 35 Min., also 9 Minuten früher abfährt. Auf der Strecke Thorn-Marienburg sind zwischen den Stationen Kornatowo und Graudenz zwei neue Jüge eingelegt und von Soldau werden die Jüge nunmehr bis nach Illorow durchgeführt. Auf der Strecke Graudenz-Königshütte geht der letzte Zug von Graudenz 17 Minuten später ab als im Winter.

* **[Schutz des Steppenhuhns.]** Auch der Vorstand der „Allgemeinen deutschen ornithologischen Gesellschaft“ zu Berlin richtet jetzt zum Schutze des in unserer Provinz vielfach erschienenen und von uns schon dringend der Hegung empfohlenen Steppenhuhns folgenden „Aufruf an alle Jagdbesitzer, Jagd- und Vogelzuchvereine“:

„Aus allen Theilen Deutschlands kommt die Aufforderung, daß die östlichen Fauna- oder Steppenhühner, welche schon einmal, im Jahre 1863, in unserem Vaterlande sich gezeigt, wiederum in zahlreichen Scharen eingetroffen seien. Durch irgend welche Ursachen aus ihrer östlichen Heimat, den Steppen-Centralasien, vertrieben, suchen diese Vögel geeignete Wohnstätten in den deutschen Gefilden. Mögen sie gastliche Aufnahme bei uns finden! Die Steppenhühner (Syrphantes paradoxus) führen unseren Steppenhühnern ähnliche Lebensweise, halten sich in trockenen Ebenen, auf Acker- und Brachfeldern auf, nisten auf dem Erdboden und nähren sich in der Natur auf Samenreien. Sie sind Strichvögel d. h. sie wandern nicht regelmäßig zur Winterszeit nach dem wärmeren Süden, sondern streichen während des Winters, durch örtliche Verhältnisse, Schneefall und dadurch bedingten Nahrungs-mangel, veranlaßt, innerhalb weiterer Grenzen ihres Heimatgebietes umher. Aus diesen Umständen ergibt sich die Möglichkeit, die Vögel an geeigneten

Verhältnissen Deutschlands heimisch zu machen und somit dem Waldmann zur Freude und zum Nutzen, ein neues schönes Flugwild bei uns einzubürgern. Um diese Einbürgerung zu erreichen, ist aber ausgedehntester Schutz der Vögel während der ersten Jahre bringendes Erforderniß. Wir richten deshalb an alle Grund- und Jagdbesitzer in deren eigenem Interesse die dringende Bitte, den Steppenhühnern durch Vermeiden jeglicher Nachstellung und durch Fütterung im Falle schneireichen Winters Schutz angebieten zu lassen. Die Jagd- und Vogelzuchtvereine insonderheit mögen diese Angelegenheit zu der ihrigen machen und durch geeignete Schritte auch den Schutz der Behörden für unsere gesetzlichen Gäste erwirken.“

* **[Prozeß der Provinz Ostpreußen wider Westpreußen.]** Die Streitfrage, welche zwischen den Provinzen Ost- und Westpreußen hinsichtlich eines Betrags von 15 766,58 Mk. den Westpreußen zur Instandsetzung der von der ostpreußischen Verwaltung ausgebauten Chausseestrecke Löbau-Zehdenick aufgewendet hat, bei dem Oberverwaltungsgericht schwiebt, ist nunmehr, und zwar zu Ungunsten der Provinz Westpreußen entschieden worden. Der Sachverhalt ist kurz folgender:

Die genannte Chausseestrecke wurde am 2. April 1879 von Commissarien der Provinz Ostpreußen an einen Vertreter der Provinz Westpreußen übergeben. Letzterer sandte bei Übergabe etwas Erhebliches nicht zu erkennen. Bald darauf ist die Strecke wiederholt von anderen westpreußischen Provinzialbeamten bereit worden und letztere haben dieselbe in einem höchst mangelhaften und reparaturbedürftigen Zustande gefunden. Es wurde ein Kostenanschlag über die Instandsetzungsarbeiten aufgestellt, dessen Höhe schloß auf die Summe von 29 900 Mk. ab. Der Landesdirektor von Westpreußen teilte solchen dem Landesdirektor von Ostpreußen zur Erläuterung mit, indem er seine Ansicht dahin ausprach, daß diese Kosten von beiden Provinzen gemeinsam zu tragen seien, da es sich um Arbeiten handele, durch deren Ausführung die Chaussee erst vollständig fertig gestellt werden werde. Ostpreußen lehnte jede Beihilfe ab. Der Landesdirektor von Westpreußen blieb bei seiner Ansicht und erwiederte dem Landesdirektor von Ostpreußen, er werde nunmehr mit der Ausführung der Arbeiten vorgehen und den aus Ostpreußen entfallenden Kostenbetrag in Rechnung stellen. Ostpreußen protestierte. Die Arbeiten wurden in den Monaten Juni bis August 1880 mit einem Kostenaufwand von 26 625,56 Mk. ausgeführt. Der westpreußische Landesdirektor brachte den hierin nach dem Maßstabe von Land und Leute auf Ostpreußen entfallenden Betrag von 15 766,58 Mk. bei Gelegenheit einer Rechnung mit Ostpreußen dieser Provinz von ihrem Guthaben in Abzug.

[Polizei-Derkt vom 9. Mai.] Verhaftet: 1 Schneider wegen Körperverletzung, 1 Mädchen wegen Diebstahls, 1 Gärtner wegen thätlicher Angriffs, 1 Arbeiter wegen Gewerbe-Contravention, 1 betrunken Frau, 5 Obdachlose. — Gestohlen: 4 Bettlaken gep. E. B. — Gefunden: 1 Taschenmesser auf dem Langenmarkt, abzuholen von der Polizei-Direktion; 1 graues Huhn hat sich eingefunden, abzuholen Schüsselbad Nr. 47, I. Et. * Minister v. Puttkamer hat sich nach den ostpreußischen Ueberschwemmungsgebieten begeben.

Berent, 8. Mai. Vor einigen Tagen weilte Herr Regierungsrat Wekel aus Danzig in unserer Stadt, um die Verhandlungen betreffend die Entschädigung für den zum Eisenbahnbau hergegebenen Grund und Boden zum Abschluß zu bringen, da einige Interessen mit den ihnen bisher gemachten Geboten nicht zufriedengestellt waren. Es wurde eine Einigung erzielt, sodass die Höhe der Entschädigung für im Communalbezirk der Stadtgemeinde Berent belegene Ländereien den Betrag von 30 000 Mk. erreicht. Dieser hohe Betrag ist durch das Durchschnellen von Tordräumen bedingt worden, welche zugeschüttet werden mussten. Die Stadtgemeinde steht demzufolge vor einer schweren Ausgabe; nach einem Beschlusse vom Jahre 1878 ist dieselbe verpflichtet, ein Drittel der Entschädigungssumme für im Communalbezirk gelegene Ländereien zu zahlen, sodass sie 10 000 Mk. beizusteuern hat, eine für ihre Verhältnisse nur durch Aufnahme einer Anleihe zu ermögligende Ausgabe. — Wie man hört, hat unser Kreis, sowie der Kreis Carthaus die Auskunft, daß in diesem Sommer ein Brigademanöver, und zwar von der Danziger Garnison, bei uns abgehalten wird.

s. **Flatow, 8. Mai.** Zu der gestern hier stattgehabten Kreis-Lehrerconferenz hatte sich auch der Director des Provinzial-Museums in Danzig, Herr Dr. Conwentz eingeschlossen und hielt einen lehrreichen und interessanten Vortrag über: „Naturhistorische Vorkommnisse in hiesiger Gegend“. Für die Zuhörer, welche fast alle im Kreise Flatow oder doch in dessen näherer Nähe wohnen, waren es lauter Neuheiten, die der Vortragende über den hiesigen Kreis mitteilte. Unter anderem erfuhren sie, daß jetzt fast 30 Jahre alt sind und in gleicher Art in der ganzen Provinz nicht wiederzufinden werden; nämlich: die „Schlangenfische“ und die „Pyramiden-Weißbuche“. Erster hat schlangenartig und weit auseinandergehende Feste; letztere hat die Gestalt einer Echse. Ferner, daß im Kreise Flatow aus der Steinzeit Urnen gefunden worden, die bemalt sind, und zwar mit Wagen, mit Reitern, mit Jagdgescichten etc. Auch Gesichtsurnen, wie sie Schlemann in Griechenland aufgefunden, sind in ähnlicher Art in den alten Schwerdenhünen hier aufgefunden worden. Aus der römischen Periode ist auf einem Dörfe, unweit Flatow, ein „Trojan“ in Gold, eine höchst seltene und sehr kostbare Münze, beim Pflügen aus dem Boden gehoben worden. Von Vögeln finden sich auch hier der aus Japan stammende „Lannenhäher“ und das seit 1863 nicht mehr gesehene Steppenhuhn.

W. T. Stolp, 6. Mai. Nachdem das Provisorium an der Wipperbrücke bei Zollbrück fertig gestellt ist, wird der gesamte Verkehr zwischen Hammermühle und Zollbrück am 8. d. Mts. mit den Zügen 593 und 594 wieder aufgenommen.

Vermischte Nachrichten.

Berlin, 8. Mai. [Der Bola'sche Roman „La terre“], in der deutschen Uebersetzung „Muttern Erbe“, welcher in den Schauspielen einer ganzen Anzahl hiesiger Buchhändler auslag, wurde gestern unter Ausschluß der Oeffentlichkeit vor der dritten Strafkammer des Landgerichts I. verlesen, da die Staatsanwaltschaft den Inhalt des Buches durchweg für unzüglich hält, sämtliche vorgefundene Exemplare beschlagnahmt und den Antrag auf Unbrauchbarmachung des Buches gestellt hatte. Der Gerichtshof lieh sie die Ansicht der Staatsanwaltschaft und erkannte nach deren Antrage.

* **[Gesekbrieflich verfolgt]** wird der 56 Jahre alte Prediger Julius Richter aus Tempel bei Schermelle wegen Unzucht vom Untersuchungsrichter des Landgerichts Frankfurt a. O.

* **[Der Kameruner Prinz Bell]**, der in einem Baugeschäft in Altona-Ottensen das Bauhandwerk erlernte, hat sich nach Bremerhaven begeben, um in einer größeren Maschinen-Schiffswerft seine Fertigkeiten, die er im Zimmerhandwerk, in der Schlosserei und Tischlerei mit seinen Samariter Landsleuten Elham, Elchuna und Equa erlernt hat, zu erweitern. Von der dreijährigen Lehrzeit ist bereits ein Jahr für die jungen,

Statt besonderer Meldung.

Die heute früh erfolgte glückliche Geburt einer geliebten kräftigen Tochter zeugen hoherfreut an.

B. Hildebrandt und Frau,

geb. Radke. (2789)

Dr. Starck, den 8. Mai 1888.

Die Verlobung unserer Tochter Margarethe mit dem Kaufmann Herrn Ernst Kopitke in Zugdamm erlauben wir uns hiermit anzugeben.

Danzig, den 8. Mai 1888.

Hugo Schwartzkopf und Frau.

Margaretha Schwarzkopf

Ernst Kopitke

Verlobte. Zugdamm.

Danzig.

Regelmäßige Dampfschiffahrt

für Passagiere und Güter nach

Pleßendorf, Rothebude,

Niemünsterberg, Tiegenhof,

Platenhof, Stobendorf

und Elbing

jeden Montag, Mittwoch, Freitag, Morgen 5 Uhr.

Passagiere nach Rothebude, Niemünsterberg werden an demselben Tage hin und zurück befördert.

(2804)

Ad. v. Riesen.



Danzig-Rothebude.

Morgen Donnerstag, den 10. Mai, sowie an allen Feiertagen von Danzig 6 Uhr Morgens, von Rothebude 8 Uhr Abends. An den Wochentagen 1/2 Uhr Nachmittags von Rothebude nach Danzig.

Gebr. Habermann.

Nach Königsberg

Dampfer „Astor“. Capt. Gehr, Freitag, den 11. Mai d. J., Morgens 5 Uhr, von hier.

Passagiergeb.: 1. Platz M. 3.

II. Platz M. 2. (2805)

Emil Berenz.

Schiff „Progreß“

Capt. Innes, von St. Davids mit Kohlen, liegt lästigfähig in Danzig. (2852)

Otto Piepkorn.

Loose!

Marienburger Schloßbau-Lotterie, Hauptgewinn 90 000 M., Lose à 3 M.

König-Ernst-Lotterie von Neupiet, ziehung 27. Juni, Lose à 1 M.

Marienburger Pferde-Lotterie, ziehung 9. Juni, Lose à 3 M.

Königsberger Pferde-Lotterie, ziehung 16. Mai, Lose à 3 M.

Mecklenburger Pferde-Lotterie, ziehung 24. Mai, Lose à 1 M.

zu haben in der Expedition der Danz. Zeitung.

Königsberger Pferde-Lotterie, ziehung 16. Mai, Lose à 3 M.

Mecklenburger Pferde-Lotterie, ziehung 24. Mai, Lose à 1 M.

Lose der Gaffeler Pferde-Lotterie à 3 M.

Lose der Marienburger Pferde-Lotterie à M. 3.

Marienburger Geld-Lotterie, Hauptgew. 90 000 M. Lose à 3 M.

Neumieder Rotte Kreuz-Lotterie, Hauptgewinn 30 000 M.

Lose à 1 M. bei der Bertling, Gerberg. 2.

Sprechschule (Otto Gras).

Schmiedegasse 17, 2. Et. Zu treff:

12-2 Uhr. Schneller und gebie-

ger Untertritt im Engl. Fran-

gisch, Ital. u. Span. (Garantie.)

Unbediente Handlungslehringe

halbe Preise. (2849)

Farben,

gerieb. Delfarben

in nur bester Qualität,

trock. Farben jeder Art,

Tirnif, Siccatis,

Lacke, Broncen,

alle Sorten Pinsel

empfiehlt billigst

Carl Paethold,

Farben-Handlung,

Hundegasse 38, Ecke Melergasse.

Frische Kirschen, frischen Waldmeister, beste Apfel-

süßen, beste Sorten Apfel

zu billigen Preisen, schon von

1 M. empfiehlt

Johanna Schulz,

Markthausgasse. (2825)

Bon marché

eleganter Herrenhandschuh.

Feinste Qualität, unüber-

troffene Ausführung in

Steppnaht und Farben,

bietet volle Garantie für

Sitz und Haltbarkeit.

A. Hornmann Nachf.

V. Grylewicz.

51. Langgasse 51. (2848)

!! Spazier-Göcke !!

empfiehlt in größter Auswahl zu

billigsten Preisen

Felix Gepp,

Brodbänkengasse 49,

gerade über der gr. Krämergasse.

Friedr. Wilh. Schühenhaus.

Täglich

Humoristische Soirée der

Leipziger Quartett- u. Concert-Sänger Herren

Gipner, Werner, Rühne, Koch,

Chlebus, Wellöser, Steiniger und

Gastspiel des unübertraglichen lädi-

lichen humoristischen Herrn

Emil Neumann, gen. Blümchen.

Am 8 Uhr, Entr. 50, Loge 75 Pf. (2279)

Täglich Soirée. (2279)

Die Verlobung unserer Tochter Margarethe mit dem Kaufmann Herrn Ernst Kopitke in Zugdamm erlauben wir uns hiermit anzugeben.

Danzig, den 8. Mai 1888.

Hugo Schwartzkopf und Frau.

Margaretha Schwarzkopf

Ernst Kopitke

Verlobte. Zugdamm.

Danzig.

Regelmäßige Dampfschiffahrt

für Passagiere und Güter nach

Pleßendorf, Rothebude,

Niemünsterberg, Tiegenhof,

Platenhof, Stobendorf

und Elbing

jeden Montag, Mittwoch, Freitag, Morgen 5 Uhr.

Passagiere nach Rothebude, Niemünsterberg werden an demselben Tage hin und zurück befördert.

(2804)

Ad. v. Riesen.

Die Verlobung unserer Tochter Margarethe mit dem Kaufmann Herrn Ernst Kopitke in Zugdamm erlauben wir uns hiermit anzugeben.

Danzig, den 8. Mai 1888.

Hugo Schwartzkopf und Frau.

Margaretha Schwarzkopf

Ernst Kopitke

Verlobte. Zugdamm.

Danzig.

Regelmäßige Dampfschiffahrt

für Passagiere und Güter nach

Pleßendorf, Rothebude,

Niemünsterberg, Tiegenhof,

Platenhof, Stobendorf

und Elbing

jeden Montag, Mittwoch, Freitag, Morgen 5 Uhr.

Passagiere nach Rothebude, Niemünsterberg werden an demselben Tage hin und zurück befördert.

(2804)

Ad. v. Riesen.

Die Verlobung unserer Tochter Margarethe mit dem Kaufmann Herrn Ernst Kopitke in Zugdamm erlauben wir uns hiermit anzugeben.

Danzig, den 8. Mai 1888.

Hugo Schwartzkopf und Frau.

Margaretha Schwarzkopf

Ernst Kopitke

Verlobte. Zugdamm.

Danzig.

Regelmäßige Dampfschiffahrt

für Passagiere und Güter nach

Pleßendorf, Rothebude,

Niemünsterberg, Tiegenhof,

Platenhof, Stobendorf

und Elbing

jeden Montag, Mittwoch, Freitag, Morgen 5 Uhr.

Passagiere nach Rothebude, Niemünsterberg werden an demselben Tage hin und zurück befördert.

(2804)

Ad. v. Riesen.

Die Verlobung unserer Tochter Margarethe mit dem Kaufmann Herrn Ernst Kopitke in Zugdamm erlauben wir uns hiermit anzugeben.

Danzig, den 8. Mai 1888.

Hugo Schwartzkopf und Frau.

Margaretha Schwarzkopf

Ernst Kopitke

Verlobte. Zugdamm.

Danzig.

Regelmäßige Dampfschiffahrt

für Passagiere und Güter nach

Pleßendorf, Rothebude,

Niemünsterberg, Tiegenhof,

Platenhof, Stobendorf

und Elbing

jeden Montag, Mittwoch, Freitag, Morgen 5 Uhr.

Passagiere nach Rothebude, Niemünsterberg werden an demselben Tage hin und zurück befördert.

(2804)

Ad. v. Riesen.

Die Verlobung unserer Tochter Margarethe mit dem Kaufmann Herrn Ernst Kopitke in Zugdamm erlauben wir uns hiermit anzugeben.

Danzig, den 8. Mai 1888.

Hugo Schwartzkopf und Frau.

Margaretha Schwarzkopf

Ernst Kopitke

Verlobte. Zugdamm.

Danzig.

Regelmäßige Dampfschiffahrt

für Passagiere und Güter nach

Pleßendorf, Rothebude,

Niemünsterberg, Tiegenhof,

Platenhof, Stobendorf